



Kiel, 30. August 2018
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 38. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 29. August 2018, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. Situation in Aufnahmeeinrichtungen des Landes
Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nahm einen mündlichen Bericht des Innenministeriums und der Landespolizei entgegen, an den sich eine ausführliche Aussprache anschloss.

2. Weiterentwicklung des Zulagensystems zur Steigerung der Attraktivität des Polizeidienstes und des Verfassungsschutzdienstes
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/827](#)

Zu der Vorlage nahm der Ausschuss einen Bericht des Innenministers entgegen, an den sich eine Diskussion anschloss. Der Ausschuss beriet die Vorlage abschließend und empfahl dem Landtag einstimmig, den Antrag der regierungstragenden Fraktionen, [Drucksache 19/827](#), unverändert anzunehmen.

3. Minderheiten und Volksgruppen in das Grundgesetz aufnehmen
Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/587](#) (neu)

Der Ausschuss kam überein, den Tagesordnungspunkt erneut aufzurufen, sobald das Votum des mitberatenden Europaausschusses vorliegt.

4. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/276](#)

b) Bestimmungen zur Charta der Regional- oder Minderheitensprachen nachmelden
Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/275](#) (neu)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/276](#), unverändert anzunehmen, und über die zweite

Vorlage, [Drucksache 19/275](#) (neu), zu beraten, sobald das Votum des federführenden Europaausschusses vorliegt.

5. Zweiundzwanzigster Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
[Unterrichtung 19/77](#)

Der Ausschuss nahm die [Unterrichtung 19/77](#) der Staatskanzlei zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Der Ausschuss nahm in Aussicht, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung der Landesbauordnung, [Drucksache 19/564](#), in seiner nächsten Sitzung, am 19. September 2018, abschließend zu beraten.

Schluss: 16:15 Uhr

gez. Dörte Schönfelder